

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	39
Teil 1 Einleitung	45
A. Gegenstand und Zweck der Arbeit	46
B. Beteiligungsmanagement und Beteiligungsportfolio des Bundes	47
C. Gesamtwirtschaftlicher Einfluss öffentlicher Unternehmen	51
D. Rechtspolitisches Umfeld und verwaltungsrechtliche Grundlagen der staatlichen Beteiligungsverwaltung	52
E. Folgerungen für die weitere Untersuchung	60
Teil 2 Terminologie und Arbeitsdefinitionen	63
A. Gemeinwohlinteressen	64
B. Öffentliche Aufgaben	72
C. Öffentliche Unternehmen und Beteiligungen	97
D. Begriffe und Formen der Privatisierung	113
Teil 3 Das Gemeinwohlprinzip als verfassungsrechtliches und ökonomisches Leitprinzip	131
A. Gemeinwohl und Gemeinsinn im Verfassungsstaat	131
B. Gemeinwohlverpflichtung, Grundrechtsbindung und Grundrechtsschutz	141
C. Der Schutz öffentlicher Interessen in und durch die Rechtsordnung	173
D. Die staatliche Verantwortung in der sozialen Marktwirtschaft	212
E. Instrumente zur Kontrolle der staatlichen Beteiligungsverwaltung	248
F. Ergebnis zu Teil 3	267
Teil 4 Die drei Grundprinzipien der staatlichen Beteiligungsverwaltung	277
A. Die zwei Gemeinwohlklauseln des § 65 Abs. 1 Nr. 1 BHO	278

B. Gesellschaftsrechtliche Absicherung des staatlichen Gemeinwohlauftrags	338
C. Das Wirtschaftlichkeitsprinzip	389
D. Das Subsidiaritätsprinzip	454
E. Ergebnis zu Teil 4	499
Teil 5 Europarechtliche Vorgaben der Beteiligungsverwaltung	503
A. Grundstrukturen des Gemeinschaftsrechts	504
B. Beihilferechtliche Zulässigkeit institutioneller Zuwendungen	509
C. Beihilferechtliche Aspekte des europäischen Vergaberechts	556
D. Ergebnis zu Teil 5	570
Teil 6 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	573
A. Rechtspolitische Implikationen der staatlichen Beteiligungsverwaltung	573
B. Das Normprogramm des § 65 Abs. 1 Nr. 1 BHO	574
C. Gemeinschaftsrechtliche Implikationen der staatlichen Beteiligungsverwaltung	582
D. Fazit und Ausblick	583
Anhang	585
Literaturverzeichnis	611

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	39
Teil 1 Einleitung	45
A. Gegenstand und Zweck der Arbeit	46
B. Beteiligungsmanagement und Beteiligungsportfolio des Bundes	47
I. Die beteiligungsverwaltenden Ressorts	48
II. Neuere Entwicklungen	48
1. Das staatliche Engagement im Raum- und Luftfahrtsektor	48
2. Das staatliche Engagement im Finanzmarktsektor	49
3. Beteiligungsbericht 2009	50
C. Gesamtwirtschaftlicher Einfluss öffentlicher Unternehmen	51
D. Rechtspolitisches Umfeld und verwaltungsrechtliche Grundlagen der staatlichen Beteiligungsverwaltung	52
I. Handlungs- und Organisationswahlfreiheit des Staates	52
II. Steuerungsinstrumente staatlicher Aufgabenerfüllung	54
1. Die vier Grundsteuerungsarten staatlicher Aufgabenwahrnehmung	54
2. Die sechs Steuerungsstufen staatlicher Intervention	55
III. Rechtliche Einordnung kooperativer Handlungs- und Organisationsformen	56
1. Argumente für die Wahl privatrechtlicher Organisationsformen	57
2. Schattenseiten der Organisationsprivatisierung	58
E. Folgerungen für die weitere Untersuchung	60

Teil 2 Terminologie und Arbeitsdefinitionen	63
A. Gemeinwohlinteressen	64
I. Gemeinwohl und Gemeinsinn	64
II. Gemeinwohl und öffentliche Interessen	65
1. Einzel- und Gruppeninteressen	66
2. Das Adjektiv öffentlich	67
3. Öffentliche versus private Interessen	68
4. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	70
III. Ziele, Zwecke und Maßnahmen	71
B. Öffentliche Aufgaben	72
I. Staatsaufgaben i.S.v. Art. 30 GG	74
1. Ausschließliche und konkurrierende Staatsaufgaben	74
2. Fallgruppen staatlicher Aufgabenwahrnehmung	75
3. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	78
II. Leistungen der Daseinsvorsorge	80
1. Der traditionelle, trägerbezogener Ansatz auf nationaler Ebene	81
2. Aufgabenbezogener Ansatz der Europäischen Kommission	81
3. Bedarfsbezogener Ansatz	82
4. Infrastruktur als Leistung der Daseinsvorsorge (Universaldienstleistungen)	82
5. Fiktion nichtwirtschaftlicher Interessen im Kommunalrecht	83
6. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	84
III. Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse	85
1. Nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse	86
2. Wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse	87
a. Dienste und Dienstleistungen	89
b. Rechtsform- und Rechtsträgerneutralität des Dienstleisters	89
c. (Binnen-) Marktbezogenheit der Dienstleistung	90
d. Gemeinwohlbezogenheit der Dienstleistung	90
3. Exkurs: Die Regelung im Verfassungsvertrag	92
4. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	93

IV. Öffentliche Güter, private Güter und Mischgüter	94
V. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	95
C. Öffentliche Unternehmen und Beteiligungen	97
I. Öffentliche Unternehmen im Sinne des EU-Vertrages	98
1. Rechtsform- und Rechtsträgerneutralität des Unternehmensbegriffs	99
2. Wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Unternehmen	100
3. Das Adjektiv „öffentlich“ und das Merkmal der Beherrschung	100
a. Art. 2 Transparenzrichtlinie	100
b. Die Inhouse-Rechtsprechung des EuGH	101
II. Öffentliche Unternehmen im deutschen Recht	102
III. Unternehmen und Beteiligungen im Sinne des nationalen Haushaltsrechts	103
1. Abgrenzung zu öffentlich-rechtlichen Unternehmen	103
2. Beteiligungsrechtliche Organisationsinteressen und -formen	104
3. Unternehmen i.S.v. § 65 BHO	105
a. Zulässige Gesellschaftsformen	105
b. Konzern- und Holdingstrukturen	107
4. Beteiligungen i.S.v. § 65 BHO	107
a. Mittelbare und unmittelbare Beteiligungen	108
b. Trägerstrukturen	109
aa. Rein öffentliche und gemischtöffentliche Unternehmen	109
bb. Gemischtwirtschaftliche Unternehmen	110
IV. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	111
D. Begriffe und Formen der Privatisierung	113
I. Privatisierungsfähige Verwaltungsaufgaben	114
II. Die Rechtsbegriffe Privatisierung, Entstaatlichung und Ausgliederung	114
III. Privatisierungsformen	115
1. Materielle Privatisierung	116

a.	Entstaatlichung durch materielle Aufgabenprivatisierung	116
b.	Staatsfinanzierung durch Vermögens- bzw. Kapitalprivatisierung	117
c.	Grenzen der materiellen Privatisierung	117
2.	Formelle Privatisierung	120
IV.	Die Termini ÖPP / PPP / IÖPP / PFI	121
1.	Historischer Exkurs – PPP und Pittsburgh	121
2.	Öffentlich-private Partnerschaften (Public Private Partnerships)	122
3.	Gemischtwirtschaftliche Unternehmen als sog. „institutionelle öffentlich-private Partnerschaften“ (IÖPP)	123
4.	Finanzierung öffentlicher Aufgaben und Private Finanzierungsinitiative (PFI)	123
a.	Finanzierung von Universaldienstleistungen	124
b.	Grundvertragsmodelle zur Finanzierung von Infrastrukturvorhaben	125
aa.	Leasing, Konzessions- und Factoringmodelle	126
bb.	Inhaber- und Contractingmodelle	126
cc.	Mischmodelle, insbesondere Betreibermodelle (BOT-/ BOO-Modell)	126
5.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	127
V.	Folgerungen für die Prüfung einer Organisationsprivatisierung	128
1.	(Fort-) Bestehen einer öffentlichen Aufgabe	128
2.	Organisatorische Umsetzung der öffentlichen Aufgabe	129
Teil 3 Das Gemeinwohlprinzip als verfassungsrechtliches und ökonomisches Leitprinzip		131
A.	Gemeinwohl und Gemeinsinn im Verfassungsstaat	131
I.	Der Gemeinwohlauftrag der Verfassung	132
II.	Gemeinwohlidee und Staatsverständnis	133
1.	Das Staatsverständnis westlicher Demokratien	134
2.	Die pluralistische Konzeption des heutigen Verfassungsstaates	135

a.	Zum Gemeinsinn und dessen Vermittlung im freiheitsgewährendem Staat	136
b.	Gemeinwohlkonkretisierung in den Wissenschaften	138
B.	Gemeinwohlverpflichtung, Grundrechtsbindung und Grundrechtsschutz	141
I.	Grundrechtsbindung des staatlichen Trägerhaushalts gem. Art. 1 Abs. 3 GG	141
II.	Grundrechtsbindung der Verwaltung in Privatrechtsform	142
III.	Grundrechtsbindung und Grundrechtsschutz von Privatpersonen	143
IV.	Grundrechtsschutz und Grundrechtsbindung von Unternehmen i.S.v. § 65 BHO	144
1.	Alternativität von Grundrechtsbindung und Grundrechtsschutz (Konfusionsargument)	145
2.	Grundrechtsschutz gemischtwirtschaftlicher Unternehmen	145
a.	Das Tatbestandsmerkmal „juristische Personen“	146
b.	Das Tatbestandsmerkmal „inländisch“	147
c.	Das Tatbestandsmerkmal „ihrem Wesen nach“ und die Durchgriffstheorie	147
aa.	Kritische Würdigung der Rechtsprechung des BVerfG (HEW-Beschluss)	149
(1)	Das Funktionskriterium (Qualität der öffentlichen Aufgabe)	149
(2)	Das Beherrschungskriterium (Beteiligung- und Stimmverhältnisse)	153
(3)	Das Bindungskriterium (öffentlich-rechtliche Zweckbindung)	154
bb.	Zwischenergebnis	155
3.	Eigene Auffassung: Partielle Grundrechtsschutzbeschränkung durch gesellschaftsvertragsrechtliche Zweckbindung an das staatliche Interesse	156
a.	Grundsatz der Grundrechtsfähigkeit öffentlicher Unternehmen	157
b.	Ausnahmetatbestände	157
c.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	159
aa.	Legitimation des Unternehmens durch Bindung an den öffentlichen Sachzweck	159

bb.	Gesellschaftsrechtliche Transformation der staatlichen Einwirkungspflichten	160
cc.	Einschränkung des grundrechtlichen Schutzbereiches durch Zweckbindung	161
dd.	Einschränkung des grundrechtlichen Schutzbereiches aufgrund staatlicher Kontrollmechanismen	162
d.	Ergebnis	163
4.	Zusammenfassung zu IV.: Grundrechtsschutz und Grundrechtsbindung von Unternehmen i.S.v. § 65 BHO	164
V.	Bindung und Schutz von Unternehmen durch das Gemeinschaftsrecht	166
1.	Europäischer Grundrechtsschutz	167
2.	Die gemeinschaftsrechtlichen Grundfreiheiten	168
a.	Grundfreiheitsberechtigung	169
b.	Grundfreiheitsbindung	170
aa.	Bindung und Einwirkungspflicht der staatlichen Beteiligungsverwaltung	170
bb.	Unmittelbare Bindung öffentlicher Unternehmen im Sinne des Gemeinschaftsrechts	170
cc.	Bindung von Unternehmen mit staatlicher Minderheitsbeteiligung	171
VI.	Folgen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	171
C.	Der Schutz öffentlicher Interessen in und durch die Rechtsordnung	173
I.	Struktur und Funktion der Freiheits- und Gleichheitsgrundrechte	175
1.	Die personalistische Grundentscheidung des Grundgesetzes	176
2.	Allgemeine und wirtschaftliche Handlungsfreiheit (Art. 2 Abs. 1 GG)	177
3.	Die Berufs- und Wettbewerbsfreiheit (Art. 12 Abs. 1 Satz 1 GG)	178
4.	Eigentumsgarantie und Sozialbindung (Art. 14, 15 GG)	179
5.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	180
II.	Der Beamtenvorbehalt (Art. 33 Abs. 4 GG)	181
1.	Die Wahrnehmung ständiger Aufgaben	181
2.	Die Ausübung hoheitlicher Befugnisse	181
III.	Staatszielbestimmungen	183

IV. Staatsstrukturprinzipen	184
1. Das demokratische Prinzip	184
a. Die Treuhandfunktion des Staates in der Volksherrschaft	185
b. Mehrheits- versus Freiwilligkeitsprinzip	186
c. Personelle und sachliche Legitimation öffentlicher Unternehmen i.S.v. § 65 BHO	187
aa. Institutionelle und personelle Legitimation	188
bb. Sachlich-inhaltliche Legitimation	189
cc. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	190
2. Das Bundesstaatsprinzip	191
3. Das Sozialstaatsprinzip	193
4. Das Rechtsstaatsprinzip	195
a. Der Vorbehalt des Gesetzes und die Wesentlichkeitstheorie	195
aa. Zum Gesetzesvorbehalt im Range der Beteiligungsverwaltung	196
bb. Zum Gesetzesvorbehalt bei Subventionierung öffentlicher Unternehmen	200
b. Das Untermaßgebot	202
c. Das Übermaßgebot (Verhältnismäßigkeitsprinzip im weiter Sinne)	203
aa. Die drei Teilgebote des Verhältnismäßigkeitsprinzips	204
bb. Das Gebot der Geeignetheit	205
cc. Das Erforderlichkeitsgebot	205
(1) Das modifizierte „Pareto-Kriterium“	206
(2) Konservierung der selbständigen Zwecke nach dem sog. „Pareto-Kriterium“	206
(3) Kompensation der unselbständigen Zwecke nach dem sog. „Kaldor-Hicks-Kriterium“	207
(4) Ergebnis	208
dd. Das Proportionalitätsgebot (Verhältnismäßigkeit im engem Sinne)	208
(1) Rechtsprinzipien und hieraus ableitbare Kollisions- bzw. Abwägungsgesetze	209
(2) Zur Berücksichtigung von fiskalischen Interessen und Verwaltungskosten	210

ee. Zur Einordnung des ökonomischen Minimalprinzips als finanzrechtliche Ausprägung des Verhältnismäßigkeitsprinzips	211
D. Die staatliche Verantwortung in der sozialen Marktwirtschaft	212
I. Die verfassungsrechtliche Ausgangslage	212
1. Wirtschaftspolitische Neutralität und -verfassungsrechtliche Offenheit	213
a. Das Modell der „sozialen Marktwirtschaft“	214
b. Wirtschaftsverfassungsrechtliche Grundprinzipien	216
2. Das Wirtschaftsmodell der Europäischen Union	217
a. Die Europäisierung des deutschen Wirtschaftsrechts	218
b. Exkurs: Der Vertrag über eine Verfassung für Europa, der Vertrag von Lissabon und die Grundrechtscharta	219
c. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	220
3. Zur Herleitung von Privatisierungsgeboten	221
II. Wirtschaftstheoretische Grundlagen der Beteiligungsverwaltung	222
1. Effizienz und Gerechtigkeit als Maßstäbe staatlicher Wirtschaftstätigkeit	223
2. Der Homo Oeconomicus: Das ökonomische Prinzip als Rationalprinzip	223
a. Rationalität der Verfassung und politische Realität	224
b. Normative und positive Anknüpfungspunkte der Wirtschaftstheorie	225
c. Ableitung gesamtgesellschaftlicher Wohlfahrtfunktionen	226
3. Öffentliche Unternehmen und die Neue Institutionenökonomie	226
a. Theorie der Eigentums- und Verfügungsrechte (Property-Rights-Theorie)	227
b. Transaktionskostentheorie	228
c. Prinzipal-Agenten-Theorie (Economic Theorie of Agency)	228
4. Staats- und Marktfunktionen in der Wettbewerbsordnung	229
a. Marktversagen	230
b. Staatsversagen	232
c. Spieltheorie und Doppelfunktion des Unternehmerstaates	233

5.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	234
III.	Zur Instrumentalfunktion öffentlicher Unternehmen	234
1.	Inhalt der Instrumentalthese	235
2.	Einwände gegen die Instrumentalthese	236
a.	Zweifel an der Gemeinwohlorientierung des politischen Unternehmensträgers	236
b.	Keine hinreichende Konkretisierung des Unternehmenszwecks	236
c.	Strukturelle Ineffizienz öffentlicher Unternehmen	237
aa.	Grundsatz der wirtschaftlichen Neutralität der rechtlichen Organisationsform	237
bb.	Problematik der Wirtschaftlichkeitsmessung und Effizienzanalyse	238
(1)	Kamerale und doppische Wirtschaftsrechnung	238
(2)	Das Speyerer Verfahren	240
(3)	International Public Accounting Standards (IPSAS)	241
(4)	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	242
cc.	Informations- und Wissensasymmetrien in komplexen Organisationen	242
dd.	Ergebnis	243
IV.	Theorie der anfechtbaren Märkte	243
V.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	244
E.	Instrumente zur Kontrolle der staatlichen Beteiligungsverwaltung	248
I.	Risikoverteilung, staatliche Letztverantwortlichkeit und Ausfallhaftung	249
1.	Innerstaatliche Ausfallhaftung und staatliche Fachaufsicht	249
2.	Staatliche Wirtschaftsaufsicht und Regulierung	250
a.	Regulierung als Rechtsbegriff	250
b.	Beispiele staatlicher Regulierung im Infrastrukturbereich	251
c.	Regulierung und öffentliche Bindung	252
d.	Vor- und Nachteile staatlicher Regulierung	252
3.	Zwischenergebnis	253

II. Staatliche Kontrollinstitutionen im Range der Beteiligungsverwaltung	254
1. Die Rolle der beteiligungsverwaltenden Exekutive	255
2. Eingeschränkter Prüfungsauftrag der Rechnungshöfe	256
3. Eingeschränkte parlamentarische Kontrolle	257
4. Haushaltskontrolle	257
a. Finanzkontrolle des Bundes	258
b. Finanzkontrolle bei institutionellen Zuwendungen	258
5. Gesellschaftsrechtliche Kontrollinstrumente	258
III. Kontrolle und Steuerung staatlicher Stabilisierungsmaßnahmen nach dem FMStG	260
IV. Private Kontrollsysteme	260
1. Kontrolle durch den Gütermarkt	261
2. Kontrolle durch den Kapitalmarkt	261
V. Aufsicht und Kontrolle durch unabhängige Kommissionen	262
VI. Eigenkontrolle durch Selbstbindung im Rahmen eines „Public Corporate Governance Kodex“	263
VII. Kontrolle durch die mediale Öffentlichkeit	264
VIII. Kontrollkosten	264
IX. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	265
F. Ergebnis zu Teil 3	267
Teil 4 Die drei Grundprinzipien der staatlichen Beteiligungsverwaltung	277
A. Die zwei Gemeinwohlklauseln des § 65 Abs. 1 Nr. 1 BHO	278
I. Das „wichtiges Interesse“ als staatsorganisationsrechtliches Formalziel	279
1. Zur sachzielbezogenen Auslegung der herrschenden Meinung	280
a. Kritische Stellungnahme	280
aa. Unternehmensanteile von „besonderer Bedeutung“ i.S.v. § 65 Abs. 7 Satz 1 BHO	281

bb. Notwendigkeit der Aufgabenerfüllung i.S.v. § 6 BHO	281
b. Argumente für eine formale Auslegung	282
aa. Das staatsorganisationsrechtliche Regel-Ausnahme-Prinzip	282
bb. Das „unmittelbare wichtige Interesse“ i.S.v. Art. 65 Abs. 1 Nr. 1 bayHO	283
2. Das finanzorganisationsrechtliche „erhebliche Interesse“ i.S.v. § 23 BHO	284
a. Staatliche Zuwendungen in Form von Zuschüssen an Unternehmen i.S.v. § 65 BHO als subsidiäres Finanzierungsinstrument	284
aa. Zuwendungsbegriff und Zuwendungsarten	285
(1) Zuweisungen und Zuschüsse	285
(2) Projektförderung und institutionelle Förderung	286
bb. Die Zuwendungsvoraussetzungen	286
b. Das „erhebliche Interesse“ i.S.v § 23 BHO	287
3. Ergebnis	288
II. Der „angestrebte Zweck“ als staatsaufgabenrechtliches Sachziel	289
1. Staatliche Gemeinwohlverantwortung und Aufgabenkompetenz	290
a. Aufgabenabgrenzung und Verbot der Doppelzuständigkeit	290
b. Sonderproblem der Mischfinanzierung	292
c. Sonderproblem der Aufgabenüberschneidung bei institutioneller Förderung	294
aa. Verbot der Doppelveranschlagung für denselben Zweck gem. § 17 Abs. 4 BHO	294
(1) Ausnahmen und Abgrenzung von Zweck und Maßnahme	294
(2) Adressat des haushaltrechtlichen Verbotes der Doppelveranschlagung	295
(3) Vermeidungsstrategien	296
bb. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	296
2. Technische versus gemeinwohlorientierte Auslegung des Zweckbegriffs	297
a. Technische Auslegung des Zweckbegriffs	297
aa. Stellungnahme	297

bb. Zwischenergebnis	298
b. Gemeinwohlorientierte Auslegung	299
3. Ergebnis	299
III. Begründungspflicht und Bindungswirkung des § 65 Abs. 1 BHO	300
1. Nachweis eines wichtigen Organisationsinteresses	300
2. Nachweis eines öffentlichen Subventions- bzw. Interventionsinteresses	301
3. Abweichen vom Normbefehl aus wichtigem Grund	302
a. Öffentlich-private Partnerschaften als atypischer Fall	302
b. Stellungnahme und Ergebnis	303
IV. Gestaltungsmissbrauch	304
1. Finanzierungsgesellschaften	304
2. Steuersparmodelle	304
3. Personalpolitik	306
4. Eingehen von mittelbaren Beteiligungen zur Umgehung des § 65 Abs. 1 Nr. 1 BHO	306
5. Gründung von Stiftungen bürgerlichen Rechts	306
6. PPP- bzw. PFI- Projekte	307
7. Stellungnahme und Ergebnis	308
V. Wirtschaftliche Betätigung des Staates, staatliches Gewinn- und Fiskalinteresse	310
1. Das staatliche Einnahmeinteresse	311
a. Gemeinschaftsrechtliche Schranken	312
b. Finanz- und Wirtschaftsverfassungsrechtliche Schranke (Steuerstaatsprinzip)	312
aa. Das Verhältnis von Steuern und privatrechtlichen Einnahmen	313
bb. Zwischenergebnis	313
c. Haushaltsrechtliche Schranke	314
aa. Hinweise für die Verwaltung von Bundesbeteiligungen	315
bb. Stellungnahmen in der haushaltsrechtlichen Literatur	315
cc. Die Regelung des § 7 Abs. 1 Satz 2 BHO	316
dd. Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip	317
d. Exkurs: Keine Anerkennung reiner Fiskalinteressen im Kommunalrecht	318

aa. Der öffentliche Zweck als Primärziel (Vorrangprinzip)	318
bb. Neben- und Annex Tätigkeiten	319
e. Stellungnahme und Ergebnis	322
2. Verfassungsrechtliche geregelte Bereiche staatlicher Wirtschaftstätigkeit	324
a. Die wirtschaftliche Betätigung im Finanzsektor	324
b. Die wirtschaftliche Betätigung im Schienenverkehrssektor	325
c. Liberalisierung auf dem Post- und Telekommunikationssektor	326
aa. Wegfall der Legitimation staatlichen Wirtschaftens und eines Beteiligungsinteresses des Bundes im Telekommunikationssektor	326
bb. Wegfall der Legitimation staatlichen Wirtschaftens und eines Beteiligungsinteresses des Bundes im Postsektor	327
d. Liberalisierung des Energiesektors	327
3. Staatliche Maßnahmen auf Grundlage der Finanzmarktstabilisierungsgesetze	328
a. Der Finanzmarktstabilisierungsfonds des Bundes (SoFFin)	328
b. Überblick über die Stabilisierungsmaßnahmen gem. §§ 6 - 8 FMStFG, §§ 2 - 4 FMStFV	330
aa. Rekapitalisierung (§ 7 FMStFG, § 3 FMStFV)	330
bb. Garantieermächtigung (§ 6 FMStFG, § 2 FMStFV)	330
cc. Risikoübernahme (§ 8 FMStFG, § 4 FMStFV)	331
c. Voraussetzungen einer staatlichen Beteiligung an einem Unternehmen des Finanzmarktes i.S.v. § 7 FMStFG, § 3 FMStFV [Rekapitalisierung]	331
aa. Vorliegen der drei Grundprinzipien der staatlichen Beteiligungsverwaltung	331
bb. Sonstige Vorgaben	332
d. Stellungnahme	332
4. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	333
VI. Überprüfung des Vorliegens eines wichtigen Organisationsinteresses und Kontrolle der öffentlichen Zwecksetzung	334

1.	Das öffentliche Interesse als Kontrollgegenstand des Bundesrechnungshofs	334
2.	Gerichtliche Kontrolle staatlicher Entscheidungen	335
VII.	Zusammenfassung zu A.: Die zwei Gemeinwohlklauseln des § 65 Abs. 1 Nr. 1 BHO	336
B.	Gesellschaftsrechtliche Absicherung des staatlichen Gemeinwohlaufrags	338
I.	Grad der Einflussmöglichkeit	339
1.	Zielkonflikte zwischen Unternehmen und Unternehmensträger am Beispiel der DB AG	340
2.	Zielkonflikte bei Eigenunternehmen am Beispiel der DB AG	341
3.	Zielkonflikte bei gemischtöffentlicher Beteiligungsstruktur am Beispiel der EADS N.V.	341
4.	Zielkonflikte bei gemischtwirtschaftlicher Beteiligungsstruktur am Beispiel der VW AG	342
5.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	343
II.	Die Fortschreibung des staatlichen Sachzwecks in der Unternehmensverfassung	345
1.	Zur Unterscheidung von Gesellschaftszweck und Gesellschaftsgegenstand	345
2.	Zur ökonomischen Notwendigkeit der Gemeinwohlkonkretisierung	347
a.	Zielkonkretisierung im Gesellschaftszweck versus Flexibilität der Geschäftsführung	347
aa.	Inkurs: Grundsatz der sachlichen Spezialität versus Grundsatz der Haushaltsklarheit	348
bb.	Stellungnahme	349
b.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	349
3.	Anforderungen an die inhaltliche Ausgestaltung der Unternehmensverfassung	350
a.	Vergleich mit §§ 59, 60 Abgabenordnung	350
b.	Zif. 1.1.4 des „Public Corporate Governance Kodex“ der Landeshauptstadt Stuttgart	351
4.	Allgemeine Schlussfolgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	352
5.	Spezielle Schlussfolgerung für reine Industriebeteiligungen	352

III. Alternative Sicherstellung der Einhaltung des staatlichen Beteiligungszwecks	353
1. Anforderungen bei fehlender Implementierung des staatlichen Beteiligungszwecks in der Unternehmensverfassung	353
a. Vorliegen eines eine Ausnahme rechtfertigenden Sachgrundes (übergeordnete Gemeinwohlinteressen)	354
aa. Materielle Privatisierungspläne	354
bb. Außerhalb des Unternehmens liegende Gemeinwohlinteressen	355
b. Unmittelbare Verpflichtung der Unternehmensleitung auf das übergeordnete Gemeinwohlinteresse	355
c. Sicherstellung von Informationsrechten	356
d. Gesetzliche Befristung des staatlichen Beteiligungsengagements	356
2. Sicherung des staatlichen Beteiligungszwecks durch die Gesellschafterstellung	357
a. Zum Merkmal der Beherrschung im Rahmen der Beteiligungsverwaltung	357
aa. Zur Frage der Angemessenheit der Einflussnahme	358
bb. Zur Frage der Art und Weise der Einflussnahme	359
b. Umgehung der Gemeinwohlbindung durch Eingehen von mittelbaren Beteiligungen	359
aa. Keine Anwendung des § 65 Abs. 1 Nr. 1 BHO	360
bb. Mittelbare Gemeinwohlbindung über § 65 Abs. 1 Nr. 3 BHO	360
cc. Unmittelbare verfassungsrechtliche Gemeinwohlbindung	361
dd. Stellungnahme	361
c. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	362
3. Gesellschaftsvertragliche Sonder- und Vetorechte	362
a. Die „golden share“ Großbritanniens an der britischen Flugsicherungsgesellschaft National Air Traffic Services	363
b. Die Sonderrechte des Bundes und des Landes Niedersachsen an der Volkswagen AG	363
c. Gesellschaftsvertragliche Sonder- und Vetorechte versus Europäisches Wettbewerbsrecht	364
d. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	365
4. (Gesellschafts-) vertragliche Absicherung des staatlichen Informationszugriffs	366

a.	Wissensverlust durch Aufgabendelegation	367
aa.	Informations- und Wissensdefizite bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation	367
bb.	Wissensverlust der Britischen Airforce nach Aufgabeprivatisierung	368
cc.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	368
b.	Die Informationsinteressen der unmittelbaren Kooperationsbeteiligten	368
aa.	Gesellschaftsrechtliche Informationsrechte des staatlichen Anteilseigners	369
bb.	Inkurs: Zum Informationsinteresse des Bürgers als mittelbar Beteiligter	369
c.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	370
IV.	Zur Bindung der Geschäftsleitung an den öffentlichen Sachzweck	371
1.	Persönliche Interessenskonflikte der Geschäftsleitung	372
2.	Auswirkungen auf die Geschäftsberichtspraxis	373
a.	Klassische Mängel in den Geschäftsberichten	374
b.	Vorschläge zur qualitativen Verbesserung der Geschäftsberichtspraxis	375
3.	Personelle Anforderungen an die Geschäftsleitung	376
V.	Exkurs: Zur Frage der Notwendigkeit eines Verwaltungskooperationsrechtes	378
1.	Überblick zu den in der Literatur vertretenen Ansätzen	378
a.	Gründe für eine Stärkung des „kooperativen Staates“	379
b.	Kritik am Leitbild des kooperativen Gewährleistungsstaates	380
c.	Regelungsbedarf	382
2.	Stellungnahme im Hinblick auf die Beteiligungsverwaltung	383
VI.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	384
VII.	Zusammenfassung zu B.: Gesellschaftsvertragliche Absicherung des staatlichen Gemeinwohluftrags	387
C.	Das Wirtschaftlichkeitsprinzip	389
I.	Kerngehalt des Wirtschaftlichkeitsprinzips	392
1.	Die drei Teilgebote des Wirtschaftlichkeitsprinzips	392
a.	Das Minimalprinzip	393

b.	Das Maximalprinzip	393
c.	Das Optimalprinzip	393
2.	Betrachtungsebenen des ökonomischen Prinzips	394
a.	Einzel- und Gesamtwirtschaftlichkeit	394
b.	Gemeinwirtschaftlichkeit und Allimentationsprinzip	395
c.	Bedarfwirtschaftlichkeit und Sachzielpriorität	395
3.	Erfolgs- und Kontrollinstrumente der Wirtschaftlichkeit	396
a.	Produktivität, Wirtschaftlichkeit und Rentabilität als Erfolgsmaßstäbe	396
b.	Das Verhältnis von Wirtschaftlichkeit, Effektivität und Effizienz	397
aa.	Das Effektivitätsprinzip ("Richtige Dinge tun")	397
bb.	Das Effizienzprinzip ("Dinge richtig tun")	397
c.	Exkurs: Zum Ausblendungskonzept der internen Budgetierung	398
4.	Die Gewichtung der Wirtschaftsprinzipien anhand der jeweiligen Zielkonzeptionen	399
5.	Folgen der Vieldimensionalität des Wirtschaftlichkeitsbegriffs	400
II.	Wirtschaftlichkeit als Rechtsprinzip	402
1.	Wirtschaftlichkeit als offenes Rechtsprinzip und formales Optimierungsgebot	402
a.	Grundsätzliche Einwände	403
aa.	Zur Bindungswirkung der öffentlichen Hand an das Wirtschaftlichkeitsprinzip	403
bb.	Stellungnahme	403
b.	Zur räumlichen und zeitlichen Dimension der Wirtschaftlichkeit	404
aa.	Einwände gegen den verfassungsrechtlichen Schutz vor langfristig unwirtschaftlichen staatlichen Maßnahmen	404
bb.	Stellungnahme	405
cc.	Folgerungen für das Verhältnis von Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit	405
dd.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	406
c.	Zum Konflikt zwischen rationalen und politischen Entscheidungsprozessen	407
aa.	Wirtschaftlichkeit als Gefahr für die Demokratie	407

bb.	Stellungnahme	407
d.	Normativer und gesetzlicher Funktionszusammenhang	408
aa.	Problem des Zweckregresses	408
bb.	Wirtschaftlichkeit und dessen rechtsdogmatische Einordnung in die Kategorien Recht- und Zweckmäßigkeit	409
(1)	Identität von Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit	410
(2)	Kein Konflikt zwischen Zweck- und Rechtmäßigkeit staatlicher Entscheidungen	411
(3)	Das Vorrangprinzip	411
(4)	Wirtschaftlichkeit als subsidiäres Verfassungsrecht	411
e.	Eigene Auffassung: Das Wirtschaftlichkeitsgebot als vollwertiges Leitprinzip der Verfassung	412
3.	Verfassungsrechtliche Herleitungen in Literatur und Rechtsprechung	413
a.	Die mittelbare Herleitung des Wirtschaftlichkeitsprinzips aus Art. 114 GG	414
aa.	Stand der rechtswissenschaftlichen Literatur	414
bb.	Die Rechtsprechung des rheinland-pfälzischen VerfGH	416
b.	Wirtschaftlichkeit als Unterfall des Verhältnismäßigkeitsprinzips	416
aa.	Das Urteil des nordrhein-westfälischen VerfGH	416
bb.	Umfang und Reichweite des Wirtschaftlichkeitsprinzips	417
(1)	Einwände der Literatur	418
(2)	Stellungnahme	419
c.	Wirtschaftlichkeit als Konkretisierung des Gemeinwohls	420
aa.	Das BGH-Urteil zu unwirtschaftlichen Leasingverträgen	420
bb.	Stellungnahme	422
4.	Folgerung für die staatliche Beteiligungsverwaltung	422
III.	Das haushalts- und beteiligungsrechtliche Wirtschaftlichkeitsprinzip	423
1.	Beteiligungsrechtliche Konkretisierung des Wirtschaftlichkeitsprinzips	424

2.	Der Grundsatz der Sparsamkeit als Bestandteil des Minimalprinzips	425
3.	Das Verhältnis von Wirtschaftlichkeit und Qualität	427
IV.	Ausgewählte Wirtschaftlichkeitsfragen im Range der Beteiligungsverwaltung	428
1.	Die Negativformulierung des § 65 Abs. 1 Nr. 1 BHO	428
2.	Das haushaltsrechtliche Finanzinteresse als übergeordnetes Beteiligungsinteresse	429
a.	Adressat des haushaltsrechtlichen Finanzinteresses	429
b.	Inhalt und Reichweite des haushaltsrechtlichen Finanzinteresses	429
aa.	Vereinbarkeit einer Subventionsvergabe mit dem öffentlichen Finanzinteresse	429
bb.	Die Anforderungen im Range der Beteiligungsverwaltung	431
c.	Zulässigkeit der Berücksichtigung von Fiskalinteressen	431
3.	Zur Wirtschaftlichkeit öffentlicher und privater Kontrollsysteme	431
4.	Zur Wirtschaftlichkeit von Privatfinanzierungen im Rahmen von IÖPPs	432
a.	Privatfinanzierungen contra Wirtschaftlichkeit	433
b.	Staatsschuldenrechtliche Behandlung von gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	434
c.	Ergebnis	436
V.	Rechtfertigungstatbestände für unwirtschaftliche Entscheidungen	437
1.	Arbeitsmarkt- und konjunkturpolitische Erwartungen	437
2.	Einkauf von Zeit	437
3.	Sicherung staatlicher Autarkie	439
4.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	440
VI.	Überprüfbarkeit des Wirtschaftlichkeitsprinzips	441
1.	Der beteiligungsrechtliche Wirtschaftlichkeitsmaßstab	442
a.	Vorgabe des Abwägungsrahmens	442
b.	Erfolgskontrolle	443
2.	Wirtschaftlichkeitskontrolle gem. § 65 Abs. 1 Nr. 4 BHO	444
a.	Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft	445
b.	Prüfung des Jahresabschlusses durch den Abschlussprüfer	445

c. Prüfung des Jahresabschlusses durch den Bundesrechnungshof	446
3. Erweiterte Prüfung der Wirtschaftlichkeit gem. § 53 HGrG, §§ 66, 67 BHO	447
a. Erweiterte Prüfung durch den Abschlussprüfer	448
b. Erweiterte Prüfung durch den Bundesrechnungshof	448
4. Gerichtliche Überprüfbarkeit des Wirtschaftlichkeitsprinzips	449
5. Keine ökonomische Zweck-Mittel-Analyse ohne Definition von Mittel und Zweck	451
VII. Zusammenfassung zu C.: Das Wirtschaftlichkeitsprinzip	451
D. Das Subsidiaritätsprinzip	454
I. Ursprung und Kerngehalt des Subsidiaritätsprinzips	455
1. Die Väter der katholischen Soziallehre	456
2. Wurzeln des staatsrechtlichen Subsidiaritätsprinzips	456
3. Anwendungsvoraussetzungen des Subsidiaritätsprinzips	458
4. Potentielle Geltungsebenen in Staat und Gesellschaft	458
5. Materieller Gehalt des Subsidiaritätsprinzips	459
a. Positive Subsidiarität	459
b. Negative Subsidiarität	459
c. Synthese von positiver und negativer Subsidiarität	460
6. Subsidiarität als Kompetenz- bzw. Zuständigkeitsprinzip	461
a. Subsidiarität als staatsorganisationsrechtliches Strukturprinzip	462
b. Wirtschaftstheoretische Bestätigung des normativen Aussagegehalts des Subsidiaritätsprinzips	464
II. Subsidiarität im Gemeinschaftsrecht	465
1. Gemeinschaftsrechtlicher Anwendungsbereich und Bindungswirkung	466
2. Die Verfahrensgrundsätze gemäß Verfassungsvertrag	468
3. Die Verfahrensgrundsätze gemäß Grundlagenvertrag von Lissabon	470
a. Implementierung eines gemeinschaftsrechtlichen Kompetenzkatalog	470
b. Grundsatz der begrenzten Einzelermächtigung als besondere kompetenzrechtliche Ausprägung des gemeinschaftsrechtlichen Subsidiaritätsprinzips	471

c.	Mitwirkung der nationalen Parlamente	471
d.	Nationalstaatliche Transformation der Mitwirkungsrechte des Bundestages und des Bundesrates nach Maßgabe des Integrationsverantwortungsgesetzes	474
aa.	Das Lissabon-Urteil des BVerfG zur Integrationsverantwortung des Bundestages gem. Art. 38 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 23 Abs. 1 GG	474
bb.	Das Integrationsverantwortungsgesetz	475
(1)	Zustimmungsanforderungen	476
(2)	Notbremsemechanismus	477
(3)	Ablehnungsrecht bei Vorschläge auf Grundlage der allgemeinen Brückenklausel	477
(4)	Subsidiaritätsrüge und Subsidiaritätsklage	477
III.	Subsidiarität als Verfassungsprinzip	478
1.	Historische Gründe des Fehlens einer verfassungsrechtlichen Subsidiaritätsklausel	478
2.	Verfassungsrechtliche Anknüpfungspunkte	479
a.	Der Europa-Artikel 23 GG	480
b.	Freiheitsgrundrechte und Freiwilligkeitsprinzip	481
c.	Die Verankerung im Grundsatz der Erforderlichkeit	482
3.	Ergebnis	483
IV.	Der beteiligungsrechtliche Grundsatz der Subsidiarität	483
1.	Inhalt und Reichweite der Formulierung „auf andere Weise“	484
a.	Keine Ausgliederung von bloß vorübergehenden Aufgabenerfordernissen	486
b.	Lebenszyklen von Unternehmen	487
aa.	Erste Phase: Anlauf- und Aufbau- oder Experimentierphase	488
bb.	Zweite Phase: Ausreif- bzw. Partizipationsphase	488
cc.	Dritte Phase: Konkurrenzphase	488
dd.	Vierte Phase: Re- bzw. Umstrukturierungsphase oder Rückbildungsphase	488
ee.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	489
c.	Kein Selbstzweck	489
d.	Zwischenergebnis	489
2.	Rechtliche Bewertung des „Ebensogut-Falles“	490

a.	Art. 65 Abs. 1 Nr. 1 bayHO	490
b.	Vergleich mit kommunalrechtlichen Subsidiaritätsklauseln	490
c.	Stellungnahmen in der Literatur	492
d.	Eigene Auffassung	493
e.	Ergebnis	493
3.	Subsidiarität bei gemischtwirtschaftlichen Unternehmen	494
4.	Begründungspflicht	495
V.	Zusammenfassung zu D.: Das Subsidiaritätsprinzip	496
E.	Ergebnis zu Teil 4	499
Teil 5 Europarechtliche Vorgaben der Beteiligungsverwaltung		503
A.	Grundstrukturen des Gemeinschaftsrechts	504
I.	Eigentumsfreiheit und Neutralitätsprinzip	506
II.	Die Prinzipien der Gleichbehandlung und der Gestaltungsfreiheit	507
III.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	507
B.	Beihilferechtliche Zulässigkeit institutioneller Zuwendungen	509
I.	Das Beihilfeverbot des Art. 87 Abs. 1 EGV (jetzt Art. 107 Abs. 1 AEUV)	510
1.	Begünstigung bestimmter Unternehmen durch staatlich gewährte Mittel	511
a.	Begünstigung bestimmter Unternehmen	511
b.	Begünstigung durch staatlich gewährte Mittel	512
aa.	Wirtschaftsverwaltungsrechtlicher Subventionsbegriff	512
bb.	Der Begriff der Begünstigung im Sinne des Beihilferechts	512
2.	Keine Angemessenheit von Leistung und Gegenleistung	513
3.	Potentielle Wettbewerbsverfälschung und	514
4.	Potentielle Beeinträchtigung des zwischenstaatlichen Handels	514
II.	Durchbrechung des Beihilfverbots	515
1.	Die Doppelfunktion des staatlichen Beteiligungsträgers	516

a.	Marktüblichkeit der Begünstigung	516
b.	Das Prinzip des marktwirtschaftlich handelnden Kapitalgebers (Investortest)	517
aa.	Beteiligungsstruktur öffentlicher Unternehmen	518
bb.	Formelle Privatisierung	518
cc.	Indizien bei materieller Privatisierung	519
c.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	520
2.	Ausgleich gewinnmindernder Gemeinwohlverpflichtungen	521
a.	Die Kollisionsregel des Art. 86 Abs. 2 EGV (jetzt Art. 106 Abs. 2 AEUV)	521
aa.	Abgrenzung von wirtschaftlichen und nicht wirtschaftlichen Dienstleistungen	522
(1)	Problemaufriss	523
(2)	Grundlegende Einwände gegen die marktbezogene Abgrenzung	524
(3)	Die Gemeinschaftsrechtsprechung zu sozialen Dienstleistungen	525
(4)	Standpunkt des Europäischen Parlaments	526
(5)	Definitionsvorschlag des Europäischen Zentralverbandes der öffentlichen Wirtschaft (CEEP)	527
(6)	Weitere Stellungnahmen in der Literatur	527
(7)	Eigene Stellungnahme	528
(8)	Die Dienstleistungsrichtlinie	529
bb.	Betrauung öffentlicher Unternehmen mit Gemeinwohlaufgaben	530
(1)	Die Person des Betrauenden	530
(2)	Formelle Anforderungen an den Betrauungsakt	531
(3)	Das Problem der Unterbetrauung	533
(4)	Zur Frage der Überwachung der tatsächlichen Aufgabenwahrnehmung	533
cc.	Verhinderung der Aufgabenerfüllung	534
(1)	Zum Verhinderungsmaßstab	535
(2)	Zur Frage der Beweislast	536
(3)	Verhältnismäßigkeit	537
b.	Die Entwicklung der EuGH-Rechtsprechung zu Ausgleichszahlungen	538
aa.	Kompensationszahlungen für Altölbeseitigung (ADBHU)	538

bb.	Abgabenvergünstigungen gegenüber Pharmaherstellern (Ferring SA)	539
cc.	Öffentliche Zuschüsse für Verkehrsbetriebe (Altmark Trans)	539
dd.	Zuweisung von Hafengebühren (Enirirsorse SpA)	541
c.	Der Gemeinschaftsrahmen für Ausgleichszahlungen	541
d.	Besonderheiten bei sog. Mischfinanzierungen	542
e.	Die Vorgaben der Transparenzrichtlinie	543
f.	Ergebnis	544
3.	Vereinbarkeit staatlicher Beihilfen gem. Art. 87 Abs. 2 und Abs. 3 EGV (jetzt Art. 107 Abs. 2 und Abs. 3 AEUV)	544
a.	Legalausnahmen gemäß Art. 87 Abs. 2 EGV (jetzt Art. 107 Abs. 2 AEUV)	544
b.	Ermessens-Ausnahmen gemäß Art. 87 Abs. 3 EGV (jetzt Art. 107 Abs. 3 AEUV)	545
c.	Spezielle Gruppenfreistellungen und Branchenförderung	547
d.	Beihilferechtliche Vereinbarkeit von Stabilisierungsmaßnahmen nach dem FMStG	548
III.	Verfahrensrechtliche Grundzüge der Beihilfeaufsicht	550
1.	Grundsatz der Anmeldung und Notifikation staatlicher Beihilfen	551
2.	Rückforderung rechtswidrig gewährter oder missbräuchlich verwendeter Beihilfen	552
a.	Rückforderung bei fehlender Notifizierung neuer Beihilfen	553
b.	Abschaffung bereits bestehender Beihilfen	554
3.	Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	554
IV.	Zusammenfassung zu B.: Beihilferechtliche Zulässigkeit institutioneller Zuwendungen	555
C.	Beihilferechtliche Aspekte des europäischen Vergaberechts	556
I.	Rechtsgrundlagen des Beihilferechts	558
II.	Zulässigkeit der Teilnahme subventionierter Unternehmen am Vergabeverfahren	558
III.	Berücksichtigung von nichtleistungsbezogenen Zwecken bei der Auftragsvergabe	559

IV. Indirekte Subventionierung von Unternehmen durch öffentliche Auftragsvergabe	560
1. Öffentlicher Auftraggeber	561
2. Öffentlicher (Dienstleistungs-) Auftrag	562
a. Abgrenzung zu Dienstleistungskonzessionen	562
b. Interne Auftragsvergabe (In-House-Vergabe)	563
aa. Die Entwicklung der „Inhouse“- Rechtsprechung des EuGH	563
(1) EuGH-Urteil in der Rechtssache Teckal	564
(2) Reaktionen der vergaberechtlichen Literatur	565
(3) Standpunkt der Europäischen Kommission	565
(4) EuGH-Urteil in der Rechtssache Stadt Halle	565
bb. Kritische Stellungnahmen	566
cc. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	567
c. Auftragsvergabe und Beteiligungsveräußerung	567
aa. Umgehung der Ausschreibungspflicht durch materielle Teilprivatisierung	567
bb. Folgerungen für die staatliche Beteiligungsverwaltung	569
D. Ergebnis zu Teil 5	570
Teil 6 Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse	573
A. Rechtspolitische Implikationen der staatlichen Beteiligungsverwaltung	573
B. Das Normprogramm des § 65 Abs. 1 Nr. 1 BHO	574
I. Das Gemeinwohlprinzip	575
II. Das Wirtschaftlichkeitsprinzip	577
III. Das Subsidiaritätsprinzip	581
C. Gemeinschaftsrechtliche Implikationen der staatlichen Beteiligungsverwaltung	582
D. Fazit und Ausblick	583

Anhang	585
Anlage 1: § 65 BHO [Beteiligung an privatrechtlichen Unternehmen]	585
Anlage 2: Verwaltungsvorschriften des Bundes zu § 65 BHO (VV-BHO zu § 65)	586
Anlage 3: Sonstige beteiligungsrechtlich relevante Vorschriften	587
Anlage 4: Synopse Art. 5, 16, 86, 87 , 295 EGV und Art. 5 EUV, Art. 14, 107, 107AEUV	590
Anlage 5: Fragekatalog des IDW PS 720 (Stand: 6.10.2006)	593
Anlage 6: Schaubilder zu Effizienz, Wirtschaftlichkeit und Effektivität	597
Anlage 7: Auszüge aus der Enzyklika „Quadragesimo anno" Seiner Heiligkeit Papst Pius XI. (15.05.1931)	598
Anlage 8: Privatisierung unmittelbarer Beteiligungen des Bundes (Stand: Juli 08)	599
Anlage 9: Berufsrichtlinien des BMF zu § 65 Abs. 1 Nr. 3 BHO	603
Anlage 10: Auslagerung kommunaler Schulden in Schattenhaushalte	610
Literaturverzeichnis	611